



**Krista Sager
MdB**

Sprecherin der
Bundestagsfraktion
für Wissenschafts-
und Forschungspolitik

KRISTA SAGER NEWSLETTER



KRISTA SAGER NEWSLETTER 2/2012 - 25. Mai 2012

*Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

Es gibt aus den letzten Monaten viel Interessantes aus meinen Schwerpunkt-Bereichen Wissenschaft/Forschung und Biotechnologie zu berichten.

Das Thema wissenschaftlicher Nachwuchs gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist sogar bei der Regierungskoalition als alarmierendes Problem angelangt. Umso bedauerlicher, dass die Koalition nicht bereit ist, auch entsprechende Konsequenzen für eigenes Regierungshandeln abzuleiten. Derweil spitzt sich die Lage an den Hochschulen zu, wovon ich mich kürzlich erst wieder bei einer Veranstaltung dazu in Hamburg überzeugen konnte.

Die Frage, wie die Qualitätssicherung von wissenschaftlichen Arbeiten und Promotionen verbessert werden kann, hat den Bundestag und den zuständigen Ausschuss weiter beschäftigt.

Auch das Thema Kooperationsverbot gewinnt dadurch an Brisanz, dass nun verschiedene Vorschläge zur Debatte vorliegen. Mein persönlicher Kommentar geht ein auf das Thema Tierversuche in der Forschung vor dem Hintergrund der anstehenden Umsetzung einer EU-Richtlinie zu diesem Thema.

Meine FC St. Pauli Kolumne befasst sich mit dem Vereinschaos am Ende der Saison und der Trennung von unserem Sportchef Helmut Schulte.

Euch und Ihnen wünsche ich eine anregende Lektüre und freue mich auf Feedback!

Krista Sager

Die Themen im Überblick:

- Kommentar: Hohe Standards für die Genehmigung von Tierversuchen in der Forschung, aber keine Dämonisierung!
- Veranstaltungshinweis: DER..., DIE..., ANDERE? - Intersexualität in Deutschland
- Wissenschaftlicher Nachwuchs – Abschließende Beratung der Anträge im Bundestag
- Neuer grüner Antrag zu Chancen und Risiken der Nanotechnologie
- Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben und mehr Kooperation im Wissenschaftsbereich zulassen
- Qualität wissenschaftlicher Arbeiten mit strukturellen Veränderungen sichern
- Das neue Forschungsprogramm für zivile Sicherheit muss transparenter werden
- Regelungslücken schließen - für ein nationales Biobankengesetz
- In aller Kürze: und was lief sonst noch?
- Und wie geht's mit Pauli?
- Terminhinweis

Kommentar: Hohe Standards für die Genehmigung von Tierversuchen in der Forschung, aber keine Dämonisierung!

Im September 2010 wurde eine neue EU-Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere erlassen. Diese Richtlinie muss nun in nationales Recht umgesetzt werden. Die Bundesregierung hat hierzu einen Gesetzentwurf und eine Tierschutz-Versuchstierverordnung vorgelegt und auch die grüne Bundestagsfraktion hat einen Entwurf für ein neues Tierschutzgesetz beschlossen, in dem die Umsetzung der Richtlinie integriert wurde. Die EU-Richtlinie ist ein Beitrag, um die Standards des Tierschutzes in den Mitgliedstaaten zu erhöhen und zu harmonisieren.

Hier gehts weiter:

<http://www.krista-sager.de/component/k2/item/2093-hohe-standards-f%C3%BCr-die-genehmigung-von-tierversuchen-in-der-forschung-aber-keine-d%C3%A4monisierung>

Hier gehts weiter:

<http://www.krista-sager.de/component/k2/item/2093-hohe-standards-f%C3%BCr-die-genehmigung-von-tierversuchen-in-der-forschung-aber-keine-d%C3%A4monisierung>

Veranstaltungshinweis: DER..., DIE..., ANDERE? - Intersexualität in Deutschland

Diskussion am Donnerstag, 21. Juni - 18:30 Uhr - Kultwerk West - Kleine Freiheit 42 (HVV: S Reeperbahn)

mit

- **Lucie Veith**, Intersexuelle Menschen e.V.
- **Dr. Michael Wunder**, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Mitglied des Deutschen Ethikrates
- **Krista Sager**, Sprecherin für Wissenschafts- und Forschungspolitik und für Biotechnologie der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Intersexuelle, also Menschen, deren Geschlecht uneindeutig ist, sind hierzulande vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt. Nicht eindeutig männlich oder weiblich verortbar zu sein, stößt auf Unverständnis in einer Gesellschaft, die von geschlechtlicher Eindeutigkeit als Norm ausgeht.

Intersexuelle weisen seit Langem auf Menschenrechtsverletzungen hin und fordern die rechtliche Gleichstellung.

Im Februar 2012 erschien nun die Stellungnahme des Deutschen Ethikrats zur Situation von intersexuellen Menschen in Deutschland. Darin wird u.a. vorgeschlagen im Personenstandsregister eine dritte Kategorie „anderes“ zu schaffen. Intersexuelle sollen selbst entscheiden können, wie sie sich verorten. Auch plädiert der Ethikrat für ein sehr viel höheres Maß an Selbst- und Mitbestimmung Betroffener, wenn es zum Beispiel um Fragen medizinischer Eingriffe zur Geschlechtszuordnung im Kindesalter geht.

Wie kann die Politik, wie kann die Gesellschaft die Situation intersexueller Menschen verbessern?

Wir sind gespannt auf eine gute Diskussion!

Wissenschaftlicher Nachwuchs – Abschließende Beratung der Anträge im Bundestag

Er war lange angekündigt, der Antrag der Koalition zur parlamentarischen Debatte über den Wissenschaftlichen Nachwuchs. Als wir Grüne 2010 in unserem Antrag einen Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs und bessere Beschäftigungsbedingungen forderten, haben Vertreter der Koalition noch abgewiegelt und von „Gejammer auf hohem Niveau“ gesprochen. Mittlerweile ist nun immerhin auch bei der Koalition die Erkenntnis angelangt, dass die mangelnden Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die überholte Personalstruktur tatsächlich ein Problem sind. Wenn es aber um die notwendigen Konsequenzen geht, ist die Koalition immer noch nicht in der Realität angekommen. Sie stellt keine einzige konkrete Forderung auf, wodurch sich die Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Defizite in den Personalstrukturen tatsächlich verbessern könnten.

Mehr dazu in meiner Rede im Bundestag vom 27. April 2012:

<http://www.krista-sager.de/positionen/item/2087-rede-von-krista-sager-zu-top-24-wissenschaftlicher-nachwuchs>

Zur öffentlichen Diskussion in Hamburg „Wissenschaft als Beruf - Traumjob oder Weg in die Sackgasse“ am 11.4.2012:
<http://www.krista-sager.de/wissenschaft-und-forschung/item/2082-wissenschaft-als-beruf-traumjob-oder-weg-in-die-sackgasse>

Meine Pressemitteilung vom 14. Februar 2012 anlässlich des Urteils des Bundesverfassungsgerichts über die Professoren-Besoldung:
<http://www.krista-sager.de/positionen/item/2073-attraktive-perspektiven-an-den-hochschulen-schaffen>

Neuer grüner Antrag zu Chancen und Risiken der Nanotechnologie

Die grüne Bundestagsfraktion hat einen neuen Antrag zum Thema Nanotechnologie erarbeitet, der im Mai in den Bundestag eingebracht wird. Nanotechnologie gilt als eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts mit großem Potential für Umwelttechnik, Material- und Ressourceneffizienz, Informations- und Kommunikationstechnik, Medizin und andere innovative Produktentwicklungen.

In dem Antrag mit dem Titel „Nanotechnologie – Chancen nutzen und Risiken minimieren“ fordern wir eine umfassende Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips und eine deutliche Erhöhung der Mittel für Begleitforschung sowie Sicherheits- und Risikoforschung, um bestehende Wissenslücken zu schließen.

Den Forschungsteil des Antrags habe ich erarbeitet und mich dabei auf die fundierten Arbeiten der Nanokommission gestützt, die z.B. vorschlägt, öffentliche Forschungsmittel an die Beachtung der 5 Prinzipien zum verantwortungsvollen Umgang mit Nanotechnologie zu koppeln.

Insgesamt ist deutlich zu erkennen, dass der grüne Antrag ein Kompromissantrag ist, der versucht eine Position, die Chancen und Risiken der Nanotechnologie betrachten will, mit einer Position zu verbinden, die eher nur auf die Risiken schaut.

Hier geht's zum Antrag:

<http://www.gruene-bundestag.de/themen/verbraucherschutz/chancen-nutzen-und-risiken-minimieren.html>

<http://www.gruene-bundestag.de/themen/verbraucherschutz/chancen-nutzen-und-risiken-minimieren.html>

Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben und mehr Kooperation im Wissenschaftsbereich zulassen

Am 8. Mai 2012 befasste sich der Deutsche Bundestag in einer von uns angesetzten Kernzeitdebatte mit dem Thema der Kooperation von Bund und Ländern in Bildung und Wissenschaft. Wir setzen uns dafür ein, das Grundgesetz für beide Zukunftsfelder, Bildung und Wissenschaft, zu ändern: Durch eine Änderung des Artikels 91b Absatz 2 GG wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bund und Länder auf der Basis von Vereinbarungen in beiden Feldern zusammenarbeiten können. Außerdem fordern wir einen neuen Artikel 104 c, der es dem Bund ermöglichen würde, den Ländern auf der Basis von Vereinbarungen Finanzhilfen zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens sowie der Wissenschaft zu gewähren. Der Vorschlag von Bundesbildungsministerin Schavan hingegen, eine Öffnung der Verfassung nur auf „Einrichtungen an Hochschulen“ zu begrenzen, ist unzureichend. Im Antrag „Gemeinsam für gute Bildung und Wissenschaft – Verfassungsänderung jetzt vorlegen“ sind unsere Positionen nachzulesen:

<http://www.gruene-bundestag.de/parlament/initiativen.html>

Dokumentation der Rede von Sylvia Löhrmann im Deutschen Bundestag am 10. Mai 2012:

<http://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/2012/mai/bildung-und-wissenschaft.html>

Qualität wissenschaftlicher Arbeiten mit strukturellen Veränderungen sichern

Die teils prominenten Plagiatsfälle haben im Wissenschaftsbereich und in der Politik eine intensive Debatte ausgelöst, wie die Qualitätssicherung bei wissenschaftlichen Arbeiten und bei Promotionen im Besonderen verbessert werden kann. Wir Grüne haben als erste der im Bundestag vertretenen Fraktionen einen Antrag zur Qualitätssicherung von Promotionen vorgelegt und fordern darin strukturelle Veränderungen. Wir wollen, dass die Universitäten mehr institutionelle Verantwortung im Promotionsverfahren übernehmen, indem Betreuungsvereinbarungen das Verhältnis zwischen Promovierenden und Betreuer regeln, verstärkt externe Gutachter zur Bewertung einer Promotion hinzugezogen werden und ein einheitlicher Doktorandenstatus eingeführt wird. Strukturierte Promotionsverfahren in Graduiertenschulen und Graduiertenkollegs sollten ausgebaut und gestärkt werden. Wir wollen aber die Vielfalt der Wege zur Promotion weiter offen halten, also auch externe Promotionen weiter ermöglichen.

Wir halten es auch für sinnvoll, dass alle Doktoranden eine eidesstattliche Erklärung unterzeichnen und sich darin verpflichten, die Regeln der guten wissenschaftlichen Praxis einzuhalten.

Das Fachgespräch im Bildungs- und Forschungsausschuss des Bundestages hat uns in unseren Forderungen bestätigt. Die Sachverständigen waren sich einig darüber, dass in der leistungsbezogenen Mittelvergabe auch qualitative Gesichtspunkte bei der Betreuung, Zweitgutachter-Tätigkeiten und die Mitwirkung an Prüfungen berücksichtigt werden müssen. Das Fachgespräch hat auch gezeigt, dass Anti-Plagiatssoftware beim Erkennen von Plagiaten nur ein ergänzendes Hilfsmittel sein kann.

Unser Antrag wurde im März in 2. Lesung im Plenum abgeschlossen und von der Koalitions-Mehrheit erwartungsgemäß abgelehnt. Die Behandlung unseres Antrags zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz steht aber noch aus.

Meine Rede zur 1. Lesung im Plenum vom 24. März 2011 dazu:

<http://www.krista-sager.de/positionen/item/2008-wissenschaftliche-redlichkeit-und-die-qualitaetssicherung-bei-promotionen-staerken>

Protokoll der öffentlichen Anhörung im Bildungs- und Forschungsausschuss des Bundestags zu „Qualität wissenschaftlicher Arbeiten“ vom 9. November 2011; dort befinden sich auch der grüne Antrag, die Anträge der anderen Fraktionen und die Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/17/a18/anhoeerungen/Qualitaet_wissenschaftlicher_Arbeiten/index.html

Meine Rede zur 2. Lesung im Plenum vom 26. April 2012 dazu:

<http://www.krista-sager.de/positionen/item/2086-qualitaet-wissenschaftlicher-arbeiten-fehlverhalten-in-der-wissenschaft>

Das neue Forschungsprogramm für zivile Sicherheit muss transparenter werden

Extremwetter-Ereignisse, Cyberangriffe oder die mögliche Bedrohung großer Infrastrukturen durch Terrorangriffe sind nur einige Themen, mit denen sich die zivile Sicherheitsforschung befasst. Die Bundesregierung hat Anfang des Jahres das neue Rahmenprogramm für zivile Sicherheitsforschung vorgelegt. Darin hat sie einige unserer Anregungen und Kritikpunkte zum ersten Rahmenprogramm aufgegriffen, z.B. die stärkere Integration von sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Fragestellungen oder die Frage der Alltagstauglichkeit von Lösungen. Dennoch hat sie es versäumt, endlich Transparenz über die Schwerpunkte bei der Mittelvergabe, über Forschungsvorhaben und die bisherige Verwendung der Fördermittel herzustellen. Dabei ist ein partizipativer Forschungsansatz, der Akteure wie Unternehmen, den Arbeits- und den Katastrophenschutz, öffentliche und private Betreiber von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und auch die Kommunen einbindet, besonders wichtig. Für die Frage, ob Ergebnisse der Sicherheitsforschung Eingang finden in die gesellschaftliche Praxis, spielt deren Implementierung in Studiengänge und in die berufliche Aus- und Weiterbildung eine bedeutende Rolle.

Außerdem erwarten wir, dass die Bundesregierung den Bundestag über die Auswertung der ersten Programmphase informiert und auch die Evaluation der zweiten Programmphase transparent gestaltet.

Meine Rede zur 1. Lesung im Plenum vom 10. Februar 2012 dazu:

<http://www.krista-sager.de/positionen/item/2072-forschung-fuer-zivile-sicherheit>

berufliche Aus- und Weiterbildung eine bedeutende Rolle.

Außerdem erwarten wir, dass die Bundesregierung den Bundestag über die Auswertung der ersten Programmphase informiert und auch die Evaluation der zweiten Programmphase transparent gestaltet.

Meine Rede zur 1. Lesung im Plenum vom 10. Februar 2012 dazu:

<http://www.krista-sager.de/positionen/item/2072-forschung-f%C3%BCr-die-zivile-sicherheit>

Meine Rede zur 2. Lesung im Plenum vom 26. April 2012 dazu:

<http://www.krista-sager.de/positionen/item/2088-forschung-f%C3%BCr-die-zivile-sicherheit-abschlie%C3%9Fende-lesung-im-plenum>

Das Forschungsprogramm für zivile Sicherheit: http://www.bmbf.de/pub/rahmenprogramm_sicherheitsforschung_2012.pdf

Regelungslücken schließen - für ein nationales Biobankengesetz

Biobanken gewinnen an Bedeutung für die medizinische Forschung. Umso dringlicher ist daher die Verständigung auf hohe qualitative und ethische Standards und transparente Regelungen zum Umgang mit dem in Humanbiobanken gesammelten Biomaterial. In den zurückliegenden parlamentarischen Beratungen, insbesondere in der Anhörung des Forschungs- und Bildungsausschusses, wurden die Herausforderungen, die sich bei der Biobankenforschung stellen, ausführlich erörtert. Klar wurde dabei auch, dass Biobankenforschung ohne das Vertrauen von Spenderinnen und Spendern und Probandinnen und Probanden nicht funktionieren kann.

Wir Grüne plädieren in einem Antrag für einen Regelungsrahmen, der die Forschung mit genetischen Proben und Daten ermöglicht, ihre Ziele und Vorgehensweise gegenüber betroffenen Personen transparent macht und den Schutz der Persönlichkeitsrechte von Patientinnen und Patienten bzw. Probandinnen und Probanden in solchen Forschungsprojekten sicherstellt.

Meine Rede im Bundestag vom 27. April 2012 dazu:

<http://www.krista-sager.de/positionen/item/2077-gesetzliche-regelungen-f%C3%BCr-biobankforschung-und-biobanken-sind-notwendig>

Protokoll der öffentlichen Anhörung im Forschungsausschuss des Bundestags zu „Humanbiobanken“ vom 25. Mai 2011 sowie sämtliche Vorlagen dazu, inkl. grüner Antrag:

<http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a18/anhoeerungen/Humanbiobanken/index.html>

In aller Kürze: und was lief sonst noch?

Meine Bundestagsrede zum EFI-Gutachten 2011:

<http://www.krista-sager.de/positionen/item/2071-technologishe-leistungsf%C3%A4higkeit>

Meine Bundestagsrede anlässlich eines Antrags der Linken zum Thema Transparenz bei Kooperationen zwischen Hochschulen bzw. außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen:

<http://www.krista-sager.de/component/k2/item/2089-kooperation-von-hochschulen-und-unternehmen>

Meine Bundestagsrede zum Rahmenprogramm Gesundheitsforschung:

<http://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/2012/maerz/rahmenprogramm-gesundheitsforschung.html>

Meine Pressemitteilung zum Bundesbericht Forschung und Innovation 2012:

<http://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2012/mai/forschungsbericht-2012-bundesregierung-geht-die-puste-aus.html>

Meine Pressemitteilung zum Kabinettsbeschluss über den Entwurf für ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz:

<http://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2012/mai/wissenschaftsfreiheitsgesetz-nachholende-modernisierung.html>

Das Fraktions-Positionspapier zu „Biodiversität 2020“:

<http://www.gruene-bundestag.de/themen/biologische-vielfalt>

Videomitschnitt eines Fachgesprächs im Ausschuss für Forschung und Bildung des Bundestags zur Finanzierung von Forschung an Fachhochschulen:

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp>

Und wie geht's mit Pauli? Meine Fußballkolumne

Diesmal kostet mich meine FC St. Pauli-Kolumne wirklich Überwindung, weil ich mich immer noch in der Trauerphase befinde...

weiter lesen: <http://www.krista-sager.de/component/k2/item/2092-und-wie-gehts-mit-pauli?-kolumne>

Und wie geht's mit Pauli? Meine Fußballkolumne

Diesmal kostet mich meine FC St. Pauli-Kolumne wirklich Überwindung, weil ich mich immer noch in der Trauerphase befinde...

weiter lesen: <http://www.krista-sager.de/component/k2/item/2092-und-wie-gehts-mit-pauli?-kolumne>

Terminhinweis:

Durchführung einer öffentlichen Anhörung zum Thema "Frauen in Wissenschaft und Forschung" am 11. Juni 2012 des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag. Nähere Informationen dazu beim Ausschuss-Sekretariat, Telefon: +49 (0)30 227 32861, E-Mail: bildungundforschung@bundestag.de.

Alle Ausgaben des Krista-Sager Newsletters im pdf-format findet ihr/finden Sie auch unter: <http://www.krista-sager.de/newsletter-abonnieren>.



Impressum

Krista Sager MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Burchardstraße 21
20095 Hamburg